

Prof. Dr. Andreas Rödder - Johannes Gutenberg-Universität
Historisches Seminar – Jakob-Welder-Weg 18 – D-55128 Mainz

FACHBEREICH 07
Geschichts- und Kulturwissenschaften
Historisches Seminar
Neueste Geschichte

Univ.-Prof. Dr. Andreas Rödder

Jakob-Welder-Weg 18 (Philosophicum)
D-55128 Mainz

Tel.: +49 (0)6131-39 25680

mail: aroedder@uni-mainz.de

Sekretariat: Daniela Hernig

Tel.: +49 (0)6131-39 24465

mail: neuestegeschichte@uni-mainz.de

Mainz, den 10. Mai 2024

Stellungnahme
zur Öffentlichen Anhörung des Deutschen Bundestages
„Verfassung und Patriotismus als verbindliches Band stärken“

am 13. Mai 2024

I. Die liberale Demokratie im neuen Ost-West-Konflikt

In den 2020er Jahren werden die westlichen Demokratien und ihre liberale Ordnung in historischer Dimension durch expansionswillige und gewaltbereite, imperiale Autokratien eines neuen globalen Ostens herausgefordert. Die Konstellation ähnelt dem Übergang zum ersten Ost-West-Konflikt, und schon 1946 diagnostizierte der amerikanische Diplomat George F. Kennan in seinem „langen Telegramm“ aus Moskau, dass der Westen darauf nicht nur mit Stärke nach außen, sondern auch mit Stärke von innen reagieren müsse: mit der „Prosperität und Lebenskraft unserer eigenen Gesellschaft“ und einem „positiven und konstruktiven Leitbild“, mit der Ausstrahlung leistungsfähiger, vitaler Demokratien. Ein positives Selbstbild ist auch im neuen Ost-West-Konflikt eine unabdingbare Voraussetzung für die Selbstbehauptung der westlichen Demokratien.

Ein solches Selbstbewusstsein wird seit einiger Zeit allerdings innerhalb der westlichen Demokratien selbst in Frage gestellt. Auf der einen Seite erkennen postkoloniale und identitätspolitische Bewegungen in der westlichen Gesellschaftsform vor allem Diskriminierung nach innen und Unterdrückung des globalen

Südens – bis hin zu den einseitig antiisraelischen Agitationen dieser Tage. Auf der anderen Seite begegnet ein völkischer Nationalismus, der auf ethnische Homogenität und eine geschlossene Gesellschaft der „Ähnlichen“ zielt, der offenen Gesellschaft und der freiheitlichen Demokratie mit unverhohlener Verachtung. Die demokratische Mitte tut sich unterdessen schwer, ein positives Leitbild und Selbstbewusstsein der freiheitlichen Grundordnung offensiv zu kommunizieren.

II. Demokratie und Repräsentationspolitik

Das hängt auch mit einem Grundproblem der freiheitlichen Ordnung zusammen: Staat und Politik können und sollen Kultur und Mentalität nicht verordnen. Vielmehr setzt die freiheitliche Demokratie auf eine Öffentlichkeit, in der alle verfassungskonformen Meinungen und Positionen ihren Platz haben und miteinander im Wettbewerb stehen, den der Souverän, d.h. der Wähler entscheidet. Der „Beutelsbacher Konsens“ über die politische Bildung hat 1976 explizit und paradigmatisch ein „Überwältigungsverbot“ (Indoktrinationsverbot) formuliert. Staatliche Propaganda zwecks normativer Setzungen wären undemokratisch. Demokratische Öffentlichkeit lebt von Kritikoffenheit.

So sehr Staat und Politik also keine bestimmten Inhalte indoktrinieren dürfen, so sehr lebt das freiheitliche Gemeinwesen von bestimmten Grundlagen, die es pflegen kann und muss. Dazu zählt neben dem Rechts- und Verfassungsstaat und dem demokratischen und sozialen Bundestaat eine demokratische Öffentlichkeit, die den offenen Wettbewerb um die besseren Ideen austrägt und die westlichen Gesellschaften damit zu derjenigen Selbstkritik und Selbstkorrektur befähigt, die autoritären oder totalitären Staaten abgeht.

Diese Grundlagen manifestieren sich in nationalen Symbolen wie Flagge oder Hymne und Institutionen wie Parlamenten, Feiertagen und Ritualen. Und auch Demokratien sind darauf angewiesen, diese Symbole und Institutionen mit Leben zu erfüllen und sichtbar machen, denn auch ihre Legitimität, d.h. ihre Anerkennung durch das Volk, hat eine emotionale und affektive Seite. Anders als autoritäre oder totalitäre Propaganda enthält sie sich der kommunikativen Überwältigung und des Bekenntniszwangs. Aber so wie man eine wirksame Medizin nicht ablehnt, weil eine Überdosis schädlich wirkt, so ist es die Herausforderung für eine freiheitliche Demokratie, eine heilsame Dosierung der Repräsentation und ihrer emotionalen und affektiven Vermittlung zu finden.

III. Deutschland im Vergleich

Deutschland neigt dabei, neben den eingangs genannten aktuellen Infragestellungen eines positiven Selbstbildes, aus historischen Gründen zu einer Zurückhaltung, die zu spürbaren Identifikationsmängeln mit dem Gemeinwesen geführt hat. Gelegentliche Äußerungen eines unbefangenen Patriotismus wie beim „Sommermärchen“ 2006 bleiben besonders im Gedächtnis, weil sie Ausnahmen darstellen. Sieben Jahre

später wurde die Deutschlandflagge auf der Bundestags-Wahlparty selbst der CDU nicht gern gesehen. Und auch der Bundeswehr gegenüber herrschte lange Zeit emotionale Distanz, auch wenn sich dies seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine geändert hat.

Zugrunde liegt dieser Distanz gegenüber nationalen Symbolen und Institutionen eine Erinnerungskultur der Selbstdistanzierung. Die deutsche Geschichte wird öffentlich zunehmend einseitig als Gewalt- und Tätergeschichte kommuniziert, aktuell erweitert um eine prominentere Erinnerung des Kolonialismus, statt die widersprüchliche Bandbreite zwischen Kulturleistungen und Verbrechen, zwischen Holocaust und Aufklärung in den Blick zu nehmen. Stattdessen verfällt auch die Aufklärung zunehmend einem Rassismus-Verdikt, und jüngste Debatten um das Kaiserreich fallen weit hinter früher erreichte Differenzierungen zurück.

Vergleicht man dies zum Beispiel mit den USA, so sind weite Teile der amerikanischen Gesellschaft immer wieder zu einem Pathos in der Lage, das in Deutschland überzogen und befremdlich wirken würde – von der Überzeugung, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen, und dem amerikanischen Exzeptionalismus über die Verbreitung der Nationalflagge und die Haltung (im wörtlichen Sinne) gegenüber der Hymne bis zur Behandlung von Militär und Veteranen. Gerade in dem Moment aber, da der dahinterstehende nationale Grundkonsens in den USA in Frage steht, zeigt sich die Bedeutung dieses Konsenses und seiner Repräsentation in besonderer Eindringlichkeit.

Vor diesem Hintergrund steht Deutschland vor der Aufgabe, die richtige Dosierung staatlicher Repräsentation zu finden. Sie liegt sicher niedriger als in den USA, aber höher als der Status quo in Deutschland. Im Umgang mit den nationalen Institutionen demonstrieren die USA aber gerade in der Krise, was auf dem Spiel steht, und im Umgang mit dem Militär geben sie eine Anschauung der Bedeutung ihrer Wertschätzung.

IV. Weltoffener, aufgeklärter Patriotismus

Aus diesen Vorüberlegungen ergibt sich das Konzept eines weltoffenen, aufgeklärten Patriotismus – kein Nationalismus nach der Devise „right or wrong, my country“, der das Eigene über das Andere stellt, und erst recht kein völkisches Denken, das sich dem Anderen aus Gründen ethnischer Homogenität verschließt.

Beides wurde historisch überwunden durch die Entwicklung „kooperativer Nationalstaaten“, die nach 1945 in Europa die Tradition konfrontativer Nationalstaaten überwandten. Diese Herausbildung kooperativer Nationalstaaten war und ist die zentrale Leistung und verpflichtendes Erbe der europäischen Geschichte nach 1945 – und sollte sich sowohl in einem entsprechenden Geschichtsbild als auch in der entsprechenden Wertschätzung dieser Staaten und ihrer Staatlichkeit niederschlagen. An diesen kooperativen Nationalstaaten und der offenen Gesellschaft kann ein weltoffener Patriotismus mit einem positiven

Selbstbild anknüpfen, der auf der Fähigkeit zu Selbstkritik und Selbstkorrektur beruht, das Andere schätzt und auf wohldosierte symbolische Kommunikation statt propagandistischer Indoktrination setzt.

V. Rede zur Lage der Nation und Verfassungstag

Diesen Anforderungen entspricht in besonderem Maße die Idee der „Rede zur Lage der Nation“. Auch hier ist das US-amerikanische Vorbild einschlägig. Die State of the Union-Rede des Präsidenten wird überparteilich zelebriert, und zugleich wird inhaltliche Substanz erwartet, die dann auch in der demokratischen Öffentlichkeit kritisch diskutiert wird. Gerade diese Verbindung von Emotion und Kritik trifft die affektiven und inhaltlichen Notwendigkeiten des demokratischen Gemeinwesens, und insofern würde eine Rede zur Lage der Nation ein Forum der öffentlichen demokratischen Verständigung schaffen, das weit über die öffentlich-demokratische Wirkung der jährlichen Haushaltsdebatte über den Etat des Kanzleramts im Parlament hinausginge.

Das sich dazu der „Tag des Grundgesetzes“ als nationaler Gedenktag in besonderem Maße anbieten würde, liegt nach dem Gesagten auf der Hand. Zu überlegen wäre nur, ob sich die Ostdeutschen durch den 23. Mai in hinreichendem Maße einbezogen sähen.

VI. Bundesprogramm Patriotismus

Ein „Bundesprogramm Patriotismus“ mag auf den ersten Blick etwas technokratisch klingen, enthält aber eine Reihe von sehr sinnvollen und weiterführenden Vorschlägen.

Die Bundesflagge im öffentlichen Raum sichtbarer zu machen, ist ein sehr sinnvolles Unterfangen, steht sie doch dafür, wie eine Tradition wirkt. Ihre ursprüngliche Bedeutung ist gar nicht wirklich geklärt, sie wurde aber 1832 und insbesondere 1848 zu dem Symbol für nationale Einheit und bürgerliche Freiheit – und damit für die elementaren Grundlagen der freiheitlichen Demokratie der Bundesrepublik: Einigkeit und Recht und Freiheit – drei Begriffe, die so selbstverständlich klingen und doch so bedeutungsstark sind: Einigkeit im Sinne eines positiven Selbstbildes und Grundkonsenses, Recht im Sinne der Rechtsstaatlichkeit und Freiheit im Sinne der ungehinderten Selbstbestimmung und Entfaltungsmöglichkeit der Menschen.

Dass sie 1871 von den Farben des Kaiserreichs abgelöst und in der Weimarer Republik von Extremisten bekämpft wurde, verweist auf ihre historische Entwicklung und Bedeutung und steht insofern für die normative Bedeutung und die Würde einer gewachsenen Tradition. Die Bundesflagge sichtbarer zu machen, sollte zugleich bedeuten, sie entsprechend exklusiv zu behandeln und dadurch in ihrem Wert zu schätzen – und nicht à la mode mit anderen Flaggen zu kombinieren, insbesondere auf dem Reichstag (mit Ausnahme der europäischen Flagge), und damit in ihrer Bedeutung zu relativieren.

Im Sinne eines kritisch-reflektierten positiven Selbstbildes den Reichstag als Ort weltoffen-patriotischer Reflexion sichtbarer zu machen, entspricht der ikonischen Bedeutung, die das Gebäude nach dem Umbau und dem Umzug des Parlaments in der deutschen (Bild-)Öffentlichkeit gewonnen hat. Die „Fragen an die deutsche Geschichte“ waren eine würde- und sinnvolle Ausstellung im Reichstag vor der Wiedervereinigung, und eine analoge Einrichtung wäre eine noch sinnvollere Möglichkeit öffentlich-demokratischer Verständigung im vereinigten Deutschland.

Überhaupt sollten die symbolischen Gedenkort der deutschen Geschichte, beispielsweise das Hambacher Schloss, aktiv in die öffentliche Gedenkkultur einbezogen werden, allerdings im Sinne offener Debatten und lebendiger Aneignung anstelle inhaltsarmer ritualisierter Bekenntnisse.

Schließlich sollte ein solch weltoffener Patriotismus auch Gegenstand politischer Bildung sein – abermals: nicht als Indoktrination, aber als prominentes Thema lebendiger Aneignung nach den Maßgaben des Beutelsbacher Konsenses, wobei vor allem die Unterscheidung eines weltoffenen Patriotismus von Nationalismus und Ausgrenzung zu betonen ist.

VII. Patriotismus und Integration

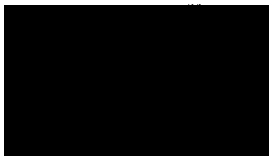
Denn ein weltoffener Patriotismus schließt nicht aus, sondern lädt zu Identifikation und Integration ein. Das gilt für alle Deutschen und nicht zuletzt für diejenigen mit Migrationshintergrund bzw. für diejenigen, die neu ins Land kommen, denen damit auch das Angebot eines positiven Selbstbildes dieser Gesellschaft gemacht werden kann. An nationalen Symbolen und Institutionen kann sich gerade ihre Integrationsbereitschaft manifestieren. Daher sollte zum Beispiel auch die Institution der Einbürgerungsfeiern noch stärker in die Öffentlichkeit hinein wirken.

VIII. Militär und Veteranen

Schon aus dem amerikanischen Vergleich ist schließlich die besondere Bedeutung des Umgangs mit Militär bzw. Bundeswehr und Veteranen deutlich geworden. Die vielen „Veterans Memorial Highways“ gelten auch den Veteranen des Vietnam- oder des zweiten Irakkrieges, die keine nationalen Sternstunden waren. Die Kriege waren fatal, aber die Soldaten werden geehrt – während Deutschland es nicht schaffte, die Heimkehrer aus Afghanistan 2021 öffentlich angemessen zu empfangen. Öffentliche Wertschätzung für diejenigen, die Leib und Leben für ihr Land einsetzen oder gar verloren haben, ist nicht nur eine Selbstverständlichkeit für einen Staat, der diese Bereitschaft in Anspruch nimmt, sondern auch ein grundlegendes Element eines weltoffenen Patriotismus, dessen Loyalität keine Einbahnstraße, sondern ein Dialog zwischen Staatsbürgern und Gemeinwesen ist. Insofern ist die öffentliche Sichtbarmachung und Würdigung

aller (nicht nur Soldaten), die sich und ihr Leben für das Land einsetzen, ein wichtiges Anliegen, das entsprechender öffentlicher Repräsentation bedarf.

Alles in allem: Einen weltoffenen Patriotismus in Deutschland im Sinne des kooperativen Nationalstaats, des demokratischen Rechtsstaats und der offenen Gesellschaft zu pflegen und als verbindliches Band zu stärken, ist ein wesentlicher Bestandteil der Selbstbehauptung westlicher Demokratien im neuen Ost-West-Konflikt gegen revisionistische gewaltbereite Autokratien – und damit der vielleicht wichtigsten und grundlegendsten Herausforderung, vor der die westlichen Demokratien und die Bundesrepublik in den 2020er Jahren stehen.



(Prof. Dr. Andreas Rödder)